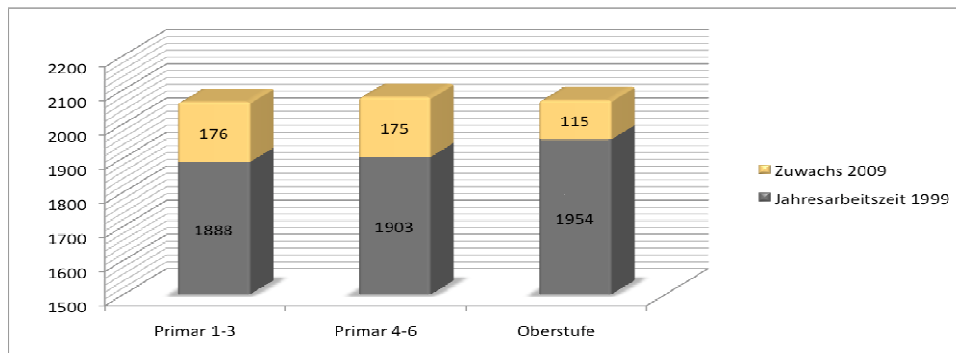


Verbesserungen des Schulgesetzes sind erforderlich

Zum Beispiel Pensen

Die regierungsrätliche Botschaft ans Parlament möchte die 30 Pflichtlektionen für Lehrpersonen um eine auf 29 Pflichtlektionen pro Woche senken, gleichzeitig aber eine zusätzliche Schulwoche einführen. Dazu soll es für die Klassenleitungsfunktion eine wöchentliche Entlastungslektion geben. Für Klassenlehrpersonen ergibt dies eine Reduktion von 48 Lektionen und für alle anderen einer Reduktion von 9 Lektionen pro Jahr.

Das reicht bei weitem nicht aus, den Arbeitszuwachs der letzten Jahre auszugleichen: Gemäss den Arbeitszeiterhebungen von Landert&Partner aus den Jahren 1999 und 2009 stieg die jährliche Arbeitszeit von Lehrpersonen der Volksschule in 10 Jahren zwischen 115 und 176 Stunden.



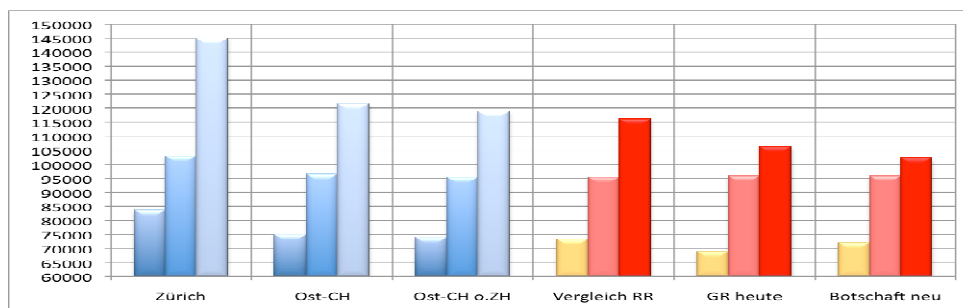
Arbeitszuwachs 1999-2009

Eigene Darstellung;
Daten: Landert&Partner

Der Lehrplan 21 lässt bereits heute den Handlungsspielraum für eine echte Entlastung von Lernenden wie auch von Lehrpersonen zu. Der LEGR schlägt eine Reduktion der Anzahl Wochenlektionen für die Lernenden und eine Umwandlung von 2-3 Unterrichtslektionen in Präsenzverpflichtungen für die Lehrpersonen vor.

Zum Beispiel Löhne

Die Regierung will für die Lehrpersonenbesoldung weiterhin eine Mindestbesoldung durchs Parlament festlegen lassen. Sie schlägt vor, die Anfangslöhne in Richtung des Ostschweizer Mittel von 2009 anzuheben, um dann aber die max. Lohnperspektive bei 142% festzufrieren, wobei von 25 auf 20 Lohnstufen zurückgefahren würde. Die Mehrheit der Bündner Lehrpersonen würde damit auf Besitzstandwahrung gesetzt.



Interkantonaler Lohnvergleich bei Primarlehrpersonen.

1. Säule: Minimum
2. Säule: 11. Lohnstufe
3. Säule: Maximum.

Eigene Darstellung; Daten:
Besoldungsstatistik EDK-Ost 2011 /
Botschaft zum Schulgesetz /
Gehaltstabellen GR 2011

Vorschlag LEGR: Für die Lehrpersonen der öffentlichen Volksschule legt der Regierungsrat die Mindestbesoldungsansätze fest. Er orientiert sich bei allen Lohnstufen am Ostschweizer Mittel.

Der Lehrermangel zeigt auf, dass die Besoldung der Lehrpersonen schnell und flexibel angepasst werden können muss. Das parlamentarische Vorgehen ist zu schwerfällig. Die Löhne gehören in die Hände der Regierung in der Lage. Der Lehrermangel ist ein wichtiger Grund – wenn auch nicht der einzige – endlich das Versprechen einzulösen und Graubünden vom Ende der Lohnrangliste in die Mitte der Ostschweizerkantone zu holen.

Weitere Infos: www.legr.ch